

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 309 | 02/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



MACH DEINE WUT

ZU WIDERSTAND!



AUS DEM INHALT

» Vor 40 Jahren erschien „Vorwärts“ zum 1. Mal. Viel ist geschehen, immer waren wir mit, oft vornedabei, zeigt der **Schwerpunkt**

» **USA:** Wenn Linke die Demokratische Partei verändern wollen, geht das schief. Was brauchen Arbeiter*innen wirklich? **Seite 15**

» Die **Teuerung** ist Thema Nr. 1 und doch gibt es kaum Proteste und keine große Bewegung. Was tun? **Seite 5**

WER

WIR

SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische Linkspartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der “International Socialist Alternative” (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter slp.at/kalender, Einwahldaten für Online-Treffen unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ROSA-KONFERENZ

17–19.3.2023

Internationale sozialistisch-
feministische Konferenz in Wien

Globaler Widerstand von Frauen und LGBTQIA+ Personen – von feministischen Massenprotesten bis zu Streiks von weiblichen Beschäftigten. Die Konferenz für ROSA-Aktivist*innen und alle die es noch werden wollen. Melde dich bei ROSA bzw. unter info@nichtmitmir.at.

Die Regierung muss weg – und dann?

von Sonja Grusch

70% sind mit der Regierung unzufrieden. Kein Wunder angesichts von Teuerung, Armut, Pflege- und Bildungskrise, Krieg und Klimakrise und einer Regierung, die bestenfalls an ein paar Mini-Schrauben dreht. Die diversen Skandale dienen auch nicht zur Vertrauensbildung. Genau so viele (71%) sind mit der Opposition unzufrieden.

**Regierung hält sich,
weil Opposition unbeliebt ist**

Oft höre ich “eh, die Regierung ist furchtbar, aber was ist denn die Alternative?”. Die FPÖ liegt mit fast 30% auf dem ersten Platz. Die SPÖ ist nicht nur zerstritten, sondern auch verantwortlich für die Politik in Wien, die eben so gar nicht “anders” ist. Was der Regierung hilft, ist die Angst vieler vor der Rückkehr der FPÖ. Eine Angst, die absolut verständlich ist. Die selbe Angst, die dem konservativen Grufti Biden den Sieg brachte, um Trump los zu werden. Die zum Sieg von Lula führte, dessen Korruption und Kürzungen auf dem Rücken der Ärmsten noch nicht vergessen sind – aber man wollte Bolsonaro loswerden. Verständlich, sind doch die Taten der extrem Rechten weit mehr als lächerlich, sie sind gefährlich, oft sogar lebensgefährlich.

Grüne Politiker*innen haben von jenen der SPÖ die Argumentation gegenüber enttäuschten Wähler*innen übernommen: “Wir können halt nicht alles umsetzen, weil wir in einer Koalition sind, aber ohne uns wäre es noch schlimmer.” Was für ein Armutszeugnis! Damit lässt sich so gut wie jede Sauerei (Grenzen dicht), jeder Kniefall vor den Interessen von Großunternehmen (“heizt weniger, damit wir Energie für die Firmen haben”), jeder Angriff auf Beschäftigte (Verschärfungen bei der Altersteilzeit) legitimieren. Bei den anderen wär’s noch schlimmer...

Tatsache ist: Von denen da oben, egal welcher Partei, ist nichts zu erwarten. Auf Verbesserungen warten durch eine neue Regierung ist gleich mit Warten auf den “Sankt-Nimmerleins-Tag”.

**Wir haben mehr verdient
und mehr nötig!**

Britannien wird in den letzten Monaten von einer Streikwelle erschüttert. Überall wehren sich Beschäftigte gegen miese Bezahlung und Personalmangel: Eisenbahnen und Häfen, im Gesundheitswesen, an Schulen und Universitäten etc. Sie warten nicht darauf, dass bei den nächsten Wahlen – vielleicht – die Labour Party wieder an die Macht kommt und es dann – eher unwahrscheinlich – besser macht. Sie streiken, weil es nötig ist, um die dramatischen Misstände zu bekämpfen.

Das brauchen wir auch! Verbesserungen müssen von unten erkämpft werden. Gegen die Regierung. Und auch mit der “Gefahr”, dass eine Regierung stürzt. Eine Regierung, die durch eine Streik- und Protestwelle von Beschäftigten, Jugendlichen und Frauen gestürzt wird, wird nicht durch eine FPÖ-Regierung ersetzt werden, da eine solche Protestwelle gleichzeitig auch die FPÖ, deren Politik ja nicht “sozialer” ist als jene der anderen Parteien, zurückdrängt. Eine solche Streik- und Protestwelle führt auch zu Bewegung in den Gewerkschaften, wo Teile sie mehr zu Kampforganisationen machen wollen, die sich zwangsläufig auch gegen die unsoziale SPÖ stellen müsste. Sie kann Ansatz sein für Strukturen und auch Organisationen bis hin zu wirklich neuen Parteien, die die Interessen der Arbeiter*innen und Jugendlichen vertreten – und damit die Basis für eine gänzlich andere Politik, eine gänzlich andere Gesellschaft legen.



Mit Sicherheit nicht für *unsere* Sicherheit

von Severin Berger

„Neu beschlossene Lehrpläne für Volksschule und Unterstufen setzen einen Fokus auf umfassende Landesverteidigung und das österreichische Bundesheer“ – das stand Anfang 2023 in vielen österreichischen Zeitungen. Die angebliche „Neutralität“ Österreichs nimmt für die herrschende Politik mit zunehmender Militarisierung Europas immer weiter an Wichtigkeit ab.

Nicht erst seit dem Ukraine-Krieg stecken die bürgerlichen Demokratien Europas in tiefen Krisen, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Diese Krisen machen es für die jeweiligen herrschenden Klassen notwendig, weiter einzugreifen, um ihre Machtsphären aufrechtzuerhalten, insbesondere durch die Stärkung des staatlichen Repressionsapparates. Erkennbar an den hohen Investments in die Aufrüstung der eigenen Heere, Polizei etc.. Oft gehen die Investments in Militarismus weit über Finanzziele hinaus, zum Beispiel eben mit der Normalisierung des Heeres als Verteidigungsapparat im neuen österreichischen Lehrplan. Nichts mehr mit Katastrophenschutz oder Impfkampagnen: 3,3 Mrd. Euro sind im kommenden Jahr für Posten wie „aktive Luftraumüberwachung“, „Drohnenabwehr“ oder „Präzisionsmunition“ vorgesehen. Zum Vergleich: Die dringend notwendige Pflegereform wird 2023 mit nicht ganz 850 Mio. dotiert.

Grenzen: Für Menschen, nicht für Macht

Das Einflussgebiet des österreichischen Kapitals geht weit über die Landesgrenzen hinaus, so z.B. hat Österreich insbesondere in Südosteuropa einen wichtigen regional-imperialistischen Charakter. Der Ukraine-Krieg hat natürlich auch Auswirkung auf die

Balkanländer, wo China und Russland schon lange vorher begonnen haben, ihre wirtschaftliche Involvement zu erweitern und wollen diese trotz der Konflikte mit westlichen Mächten weiter halten.

In Ländern wie Slowenien oder Kroatien kommen mehr als 20% der Investitionen aus Österreich, das fast überall in Mittel- und Osteuropa als Direktinvestor auf den vordersten Plätzen ist. Es ist wenig überraschend, dass Nehammer angekündigt hat, eine erhöhte österreichische Truppenpräsenz dort zu unterstützen. Vermeintlich zur „Normalisierung der staatlichen Beziehungen“, natürlich aber ist die Stabilität in der Region in erster Linie wichtig, um die Investitionen österreichischer Firmen zu sichern. Genauso wie dort zielt auch im eigenen Land die Stärkung des Heeres und der Polizei darauf ab, im Notfall damit gegen „Feinde“ des Kapitals aufzufahren, wie z.B. in Britannien, wo im Dezember überlegt wurde, das Militär gegen die Auswirkungen der Streikwelle einzusetzen oder wenn über Klimaaktivist*innen immer härtere Gefängnisstrafen verhängt werden.

Die Sicherung der eigenen Kapitalinteressen ist auch Teil des sich immer weiter aufheizenden Konfliktes zwischen den großen imperialistischen Blöcken – China mit Russland auf der einen Seite, USA mit EU auf der anderen. Die Blockbildung schreitet, mit allen Widersprüchen, voran – ähnlich wie im Kalten Krieg nach '45 dient das Aufrüsten auch zur „Einschüchterung“ im imperialistischen Machtspiel. Österreich wird dabei, früher oder später auch aufgrund budgetärer Grenzen, den internationalen militärischen Rückstand durch eine Annäherung an Bündnisse wie NATO kompensieren müssen.

Sicherheit gewährleisten, aber welche?

Den Krieg in der Ukraine vor Augen sorgen sich Menschen zum Teil zu recht um Themen wie „Sicherheit“, doch oftmals wird dieser Begriff ausschließlich im Kontext von militärischer Sicherheit verwendet. Jedoch ist für den Großteil der Bevölkerung tatsächlich die soziale Sicherheit das viel Entscheidendere im tagtäglichen Leben – also genau der Bereich, der jetzt, wieder mal, zugunsten der Aufrüstung zurückstecken muss.

Info

Nicht nur Österreich nimmt große Summen in die Hand, in Europa gibt es momentan fast ein „Rennen“ um Aufrüstung. Bekanntlich wurde in Deutschland letztes Jahr eine Erhöhung des Bundeswehrbudgets um 100 Milliarden Euro durchgewunken: Alles, von Kampfflugzeugen, Marine-Raketen bis Schützenpanzern ist dabei.

Schweden will künftig 64% mehr, 12 Milliarden pro Jahr, fürs Militär ausgeben und hat, wie auch Finnland, angekündigt, NATO-Mitglied werden zu wollen. Frankreich plant um fast ein Drittel höhere Verteidigungsausgaben, Polen verzweieinhalbfacht sie sogar.

Alle NATO-Mitgliedsstaaten müssen bald ihre Heeresausgaben auf mindestens 2% des BIP erhöhen, möglicherweise sogar mehr. Statt der international profitierenden Rüstungsindustrie zahlt jedoch die Bevölkerung durch soziales Kaputtsparen dafür.

Teuerung: Wo bleibt der Widerstand?

beide Artikel von Martina Gergits

Ein Einkauf im Supermarkt und die Inflation ist stark spürbar, Preisexplosionen, kleinere Verpackungseinheiten, und das Geld am Konto schrumpft immer weiter. Der einmalige Anti-Teuerungsbonus der Regierung ist maximal ein Tropfen auf dem heißen Stein, und als beinahe einzige Maßnahme der Regierung unzureichend. Auch der angekündigte „Energiekostenausgleich“ versucht niedrig anzusetzen, kommt allerdings spät und lässt vor allem die „Übergewinne“ der Energiekonzerne unberührt.

Im Gegenteil - man schüttet in selber Form auch einen Energiekostenausgleich im Gießkannenformat an Firmen aus, unabhängig von Profiten und ohne Auflagen; die Kosten tragen die Steuerzahler*innen. Viel effektiver, um vor allem Produkte des täglichen Bedarfs noch leistbar zu gestalten wäre eine Abschaffung der Mehrwertsteuer. In Spanien und Polen wurde diese zumindest teilweise ausgesetzt. Die Berichte über



explodierende Mietanpassungen“, mit Steigerungen bis zu 26%, häufen sich - hier wird indexiert, bei Löhnen und Gehältern aber nicht! Schottland, Frankreich und Spanien haben Mietzinsobergrenzen eingeführt (obwohl auch das viel zu kurz greift). Die SPÖ schlägt eine ähnliche Maßnahme vor, bleibt dabei aber unglaublich, nachdem in Wien bereits die Mieten in Gemeindebauten erhöht wurden.

Aber obwohl das Thema für die Bevölkerung brennend ist (in einer IFES Umfrage geben 86% an, dass ihnen das Thema Sorgen macht), bleiben die Proteste noch beschränkt. An groß angekündigten Demonstrationen der Gewerkschaften im September beteiligten sich weniger als 20.000 Menschen und an Mobilisierungen

der außerparlamentarischen Linken gerade einmal wenige hunderte. Beide haben es nicht geschafft, glaubwürdig Vorschläge zu machen, wie tatsächlich etwas gegen die Teuerung gemacht werden kann.

Symbolik, Appelle und Phrasen reichen einfach nicht. Der stärkste Widerstand gegen die Teuerung waren die Kollektivvertragsverhandlungen. Aber die Gewerkschaftsführung hat die Wut nicht zu Widerstand gemacht, hat gebremst und verhindert, dass gemeinsam gekämpft wird und die vereinzelt Verhandlungen tatsächlich zu einer breiten Bewegung gegen die Teuerung werden. Umso wichtiger ist es, hier für einen Kurswechsel zu kämpfen.

Lohnverhandlungen als Kampffeld

Die Lohnverhandlungen 2022 waren wahrscheinlich die konfliktreichsten seit 2003 - sogar Boulevardzeitungen titelten mit den Streiks. Die Kampfbereitschaft an der Basis trifft allerdings auf eine unwillige Gewerkschaftsführung, die sich verzweifelt an eine längst tote Sozialpartnerschaft klammert und Auseinandersetzungen unbedingt vermeiden will.

Gute Beispiele dafür sind der private Sozialbereich und der Metallbereich: Die Basis war streikbereit, hat das in den letzten Jahren auch gezeigt. Diesmal wurde auf Streiks verzichtet und der Abschluss lag weit

hinter dem Nötigen.

Außerdem fanden die Streiks bei Brauereien, Telekom, Ordensspitalern und der eindrucksvolle 24-Stunden-Bahnstreik unabhängig voneinander statt. Welche Kampfkraft hätten wir, wenn diese Kämpfe branchenübergreifend zusammengeführt werden, z.B. durch eine gemeinsame Forderung von 15% für alle. Wenn beispielsweise der Metallbereich nicht abgeschlossen hätte, ohne dass die Forderungen auch im Handel umgesetzt werden. Ein gemeinsamer Streik hätte die Kräfte gebündelt und gezeigt, wer die Gesellschaft wirklich

am Laufen hält. Im Frühjahr stehen wieder Lohnverhandlungen (Elektro, Chemie, FSW) bevor. Und wo schon abgeschlossen wurde, stellt sich die Frage, wie der Kampf für bessere Löhne abseits der regulären Verhandlungen fortgesetzt werden kann.

Die zentrale Lehre aus dem Herbst '22 muss sein: Wenn die Gewerkschaft nicht dazu bereit ist, gemeinsam zu kämpfen, müssen sich aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen an der Basis vernetzen und Ansatzpunkte dafür schaffen.

Bildungswesen am (aus-) brennen

beide Artikel von Lena G., Lehrerin

Die Zustände im Pflichtschulbereich sind verheerend. Mehrstufenklassen werden zerstört, Sonderpädagog*innen abgezogen und als Volksschullehrer*innen zwangsversetzt. Der Lehrkräftemangel muss aussuppliert werden, so dass viele Kolleg*innen weit über ihre Lehrverpflichtung unterrichten müssen. Hinzukommen viele nicht-pädagogische Arbeiten, die ebenso gut von einer Bürokräft übernommen werden könnten. (Jung)Lehrer*innen werden, angeblich aufgrund eines Administrationsengpasses, monatelang nicht bezahlt. Diese Zustände schaden, abgesehen von Lehrenden, der Entwicklung und Gesundheit der Schüler*innen.

In den Herbstferien entlud sich die Wut und Verzweiflung in einer Facebookgruppe für Lehrkräfte. Aus dieser Wut und mit der Initiative von wenigen Personen entwickelte sich politische Schlagkraft. So formte sich in Wien die Plattform "Schule brennt". Seit den Herbstferien finden fast



wöchentlich Treffen statt. Das klare Ziel aller: Ein Bildungstreik. Zunächst nahmen noch Personalvertretungen an den Treffen teil – eigentlich ein gutes Zeichen. Doch bald wiederholten sie die Argumente der konservativen Gewerkschaftsführung von der „Illegalität“ und „fehlender Streikbereitschaft“ der Lehrenden. Das bestätigte die Erfahrung aller Anwesenden, dass auf die bestehenden Strukturen kein Verlass ist.

Neben "Erste Hilfe"-Maßnahmen werden bei "Schule brennt" auch systematische Fragen und Forderungen aufgeworfen und diskutiert. Zustimmung findet, dass innerhalb des kapitalistischen Systems kaum eine systematische Veränderung erzielt werden kann.

Vor circa einem Jahr entwickelte sich auch in Wien die Eltern-Initiative "Bessere Schule Jetzt". Schon kurze Zeit nach Gründung von "Schule brennt" begannen die Grenzen zu "Bessere Schule Jetzt" zu verschwimmen. Ebenfalls komplett unabhängig entstand "Unterbau" – eine Initiative von prekären Uniangeestellten. Es herrscht instinktive Solidarität zwischen den Initiativen – denn allen ist klar, dass das gesamte Bildungswesen umgewälzt werden muss, um die dringend notwendigen Verbesserungen zu erreichen. Jetzt gilt es, durch gemeinsame Aktionen und einen gemeinsamen Bildungstreik bundesweit in die Offensive zu gehen.

Bildung streikt

Der Ruf nach einem Streik im Bildungsbereich ist laut. Angriffe von Regierung und Bremsen der Gewerkschaftsführung sind absehbar und können nur mit umfassender Vorbereitung abgewehrt werden.

Ein großer Angriffspunkt ist die Bildungs- sowie Aufsichtspflicht. Beides wird nicht durch Streik, sondern im Normalzustand verunmöglicht. Hier ist Unterstützung und Einbeziehung der Erziehungsberechtigten wichtig, um die Schlagkraft zu erhöhen: Erziehungsberechtigte, die ihren Betreuungspflichten nachkommen, können nicht zur Arbeit, wodurch

auch ein Bildungstreik wirtschaftliche Schlagkraft erlangt. Gefahr: Die Medien werden die Wut gegen den Bildungsbereich richten. Deshalb sind eine informierte, einbezogene und unterstützende Elternschaft sowie gemeinsame, demokratische Streikkomitees unumgänglich. Es droht der Vorwurf der Instrumentalisierung von Minderjährigen (beim Klimastreik war das kein Problem, der tut aber auch der Wirtschaft nichts) – dies kann nur abgewehrt werden, wenn Schüler*innen gleichberechtigter Teil des Kampfes sind und ihre Forderungen einbringen – letztlich geht es ja um

ihre Bildung.

Nächste Gefahr: Die Gewerkschaftsführung. Sie sieht ihre Aufgabe in der Vermittlung zwischen Regierenden und Beschäftigten. Ein Streik ohne ihre offizielle Unterstützung ist möglich, aber schwierig. Die Bewegung braucht die Gewerkschaft, darf sich aber auch nicht von ihr bremsen lassen. Deswegen muss schon im Vorfeld permanent Druck auf sie ausgeübt werden. Basisstrukturen und Streikkomitees sind auch ein Ansatz, um die Gewerkschaft als Vertretung und Kampforganisation zurückzugewinnen.



8. März: Tag des Klassenkampfes!

von Yasmin Morag

Mit Jahresbeginn wird immer deutlicher: Rezession, Krieg und Klimakatastrophe verändern die Welt grundlegend. Der zunehmende Druck auf die Familien führt zu mehr Sexismus und häuslicher Gewalt – 2022 wurden in Österreich 31 Frauen getötet, 2021 gab es mehr als 9.000 Anrufe bei Beratungsstellen für häusliche Gewalt. Die Arbeitsbedingungen von Frauen erschweren es, aus Missbrauchs-Situationen auszusteigen – prekäre, unterbezahlte und Teilzeitjobs, und die Inflation verschlimmern dies noch. Der Mangel an Personal, an angemessener Bezahlung und katastrophale Arbeitsbedingungen im Pflegebereich führen zu enormem Stress bei den Beschäftigten, meist Frauen. So betreuen z.B. Sozialarbeiter*innen doppelt so viele Fälle wie empfohlen, und 50 % des Krankenpflegepersonals überlegen, ihre Arbeit aufzugeben. Als ob das nicht genug wäre, sind es auch noch Frauen, die aufgrund des kollabierenden Pflegesektors mit der Betreuung von Kindern, Alten und Kranken zu Hause belastet sind.

Für Regierung und Gewerkschaft haben Frauen keine Priorität

Die Regierung ist nicht bereit, in unsere Gesundheit, Bildung oder Sicherheit zu investieren. Und die Gewerkschaft? Frauen stellen fast die Hälfte der Beschäftigten. Die katastrophalen Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und dass Frauen den Großteil der

unbezahlten Arbeit bei Haushalt und Pflege leisten, aber auch Gewalt und Sexismus sollte für die Gewerkschaften "Frauenpolitik" zum zentralen Thema machen. Sie wären DIE Kraft, die in der Lage ist, zu mobilisieren und für Verbesserungen zu kämpfen, mehr noch – es ist ihre Aufgabe. Die Wut unter Beschäftigten und Jugendlichen über diese Probleme ist groß, aber die Gewerkschaften begnügen sich mit symbolischen Foto-Aktionen zum 25.11., dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und zahnlosen Erklärungen zum 8.3. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis sie die Themen überhaupt aufgegriffen haben, aber es ist viel, viel mehr nötig. Wir brauchen wirklich hohe Lohnabschlüsse, Streiks für mehr Personal, besonders im Handel, Sozial- und Gesundheitsbereich. Auch, damit die Gewerkschaften die kämpferische Kraft werden, die sie sein sollten, müssen wir Druck von unten aufbauen.

Frauenrechte sind Gewerkschaftsthemen

Historisch gesehen ist der 8. März ein Tag des Klassenkampfes. Dorthin müssen wir wieder kommen. In jüngster Zeit hat die feministische Bewegung

Streiks als eine Form des Kampfes aufgegriffen. Diese dürfen nicht symbolisch bleiben: Am Internationalen Frauentag müssen die Gewerkschaften Fragen der Unterdrückung und Ungleichheit von Frauen offensiv aufgreifen. Existierende Basisinitiativen am Arbeitsplatz können die Gewerkschaften hier pushen, indem sie selbst öffentliche Kundgebungen, Solidaritätsaktionen oder Betriebsversammlungen als Schritt zur Vorbereitung von Streiks vorantreiben. Streiks in Schulen und Universitäten können ebenfalls genutzt werden, um Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben, damit sie handeln und für diesen Tag den existierenden Unmut bündeln und zum gemeinsamen Streik aufrufen. Frauen stehen bei vielen Protesten an der Spitze, mit einer unübertroffenen Bereitschaft zu kämpfen und Opfer zu bringen. Wenn die Gewerkschaften diese Themen endlich zentral aufgreifen, können sie diese kämpferische Stimmung in die schläfrige Arbeiter*innenbewegung und in die Strukturen der Gewerkschaft hineintragen und ihnen neues Leben einhauchen. Diesen dynamischen Kampfgeist braucht die Gewerkschaftsbewegung dringend!

Info

"Frauenrechte sind zentral für die gesamte Gewerkschaftsbewegung: Es geht nicht nur um Solidarität, sondern kampffähige Gewerkschaften brauchen starke, selbstbewusste Mitglieder und eine Mitgliedschaft, die sich nicht

spalten lässt, sondern gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten vorgeht, auch wenn diese – scheinbar – nur einen Teil der Mitgliedschaft direkt betrifft."

(Aus einem Antrag von ISA Aktivist*innen 2021 bei der GPA)

„Solidarität muss kämpferisch sein“

Die Bewegung im Iran macht Mut, die Brutalität des Regimes wütend. Viele wollen helfen, Rosa und ISA haben monatelang Proteste, Demonstrationen organisiert, diskutiert und Vorschläge erarbeitet. Am 7.12. fand im Gartenbaukino (Wien) ein Solidaritätsabend statt (den sich das Kino bezahlen ließ) – die große Teilnahme zeigt den Wunsch zu helfen. Rosa stand am Bewerbungsplakat, war aber in die Planung nicht einbezogen. Schockiert waren viele Aktivist*innen am Abend selbst. Angekündigt war ein Abend mit „Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur“, es gab ein breites Kulturangebot inklusive erschütternder Videos und der Lesung von Tweets und anderen Nachrichten aus dem Iran. Dazwischen verlas Gerhard Ruiss von der „IG Autorinnen Autoren“ Forderungen in 3 Teilen: Ans Regime im Iran, die österreichische Politik und die internationale Gemeinschaft. Da wurden „Reformen“ vom Regime gefordert anstatt dessen Sturz. Da wurde die „Einberufung des Botschafters“ gefordert, als ob das irgendwas



bringen würde. Zahnlos im besten Fall und meilenweit hinter dem, was die Aktivist*innen im Iran und in Österreich selbst erarbeitet hatten. Weil genau diese iranischen, kurdischen und linken Aktivist*innen im Publikum immer wütender wurden und das auch lautstark kundtaten, wurde der 3. Teil gar nicht mehr vorgelesen.

Im Gegensatz dazu die Rede von ISA und Rosa-Aktivistin Sonja Grusch: Sonja wies auf die Verbindungen der österreichischen Regierung mit dem Regime im Iran hin und das Interesse am iranischen Gas und Öl. „Appelle ans Regime sind völlig sinnlos“ erklärte Sonja unter tosendem Applaus

„dieses Regime gehört gestürzt!“ Sie machte klar: „Solidarität bedeutet auch, sich gegen das Profitsystem zu richten, das dahintersteht und das Geld von jenen Firmen zu holen, die von der Ausbeutung im Iran profitiert haben und dieses Geld der Bewegung im Iran zu geben“. Diese Rede unterschied sich nicht nur deutlich vom ansonsten teils recht „braven“ Zugang des Abends, sie erhielt am meisten Applaus und sprach ganz offensichtlich vielen Aktivist*innen aus der Seele. Solidarität, die sich anpasst ist hohl, Solidarität muss laut und kämpferisch sein und kompromisslos für die Unterdrückten einstehen. Mach mit bei Rosa und ISA!

Auf zum Uni-Streik!

„Unterbau“, die Basisinitiative von Uni-Beschäftigten, die unter prekären Arbeitsbedingungen leiden, nimmt Fahrt auf: Im Dezember kam es zur ersten lautstarken Demo, die von Unterbau- und ISA-Aktivist Sebastian Kugler moderiert wurde. Die Demo zog am Tag der KV-Verhandlungen vor die Zentrale der Gewerkschaft GÖD, um Streikbereitschaft zu signalisieren – laut einem verhandelnden Betriebsrat der Grund, warum in dieser Runde nicht abgeschlossen wurde, und warum der Abschluss – wenn auch noch immer viel zu niedrig – mit 7,3% zum ersten Mal seit 10 Jahren höher als jener der Beamt*innen war.

Nun ist es wichtig, dranzubleiben: Rektorate und Ministerium werden

sich nicht durch kluge Modelle, wie die Situation zu verbessern sei, überzeugen lassen – sondern nur durch massenhafte betriebliche Kampfmaßnahmen. Deswegen ist es wichtig, dass „Unterbau“ für Ende März eine Aktionswoche beschlossen hat. Diese sollte gemeinsame Mobilisierungen mit anderen Initiativen im Bildungsbereich wie „Schule Brennt“ (siehe S.6) und „Bessere Schule jetzt“ beinhalten, ebenso wie erste Streikaktionen an den Unis selbst – dass dies möglich ist, haben letztes Semester Uni-Beschäftigte in Britannien und den USA erfolgreich bewiesen. Dafür muss bereits jetzt mit der Organisation von Streikworkshops etc. begonnen werden, sowie mit der Einbindung der Studierenden in den Kampf.



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 309 | 02/2023

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



IHRE MEDIEN

UND UNSERE:

VORWÄRTS ALS ALTERNATIVE

von Bianca Szabó

Morgens auf dem Arbeitsweg liest sich eine heute- oder Österreich-Zeitung leicht im Vorbeigehen. Es sind unkritische panikmachende Blätter, für kritisches informiert Werden, Sein und Bleiben ist zwischen Job und Familie zu wenig Zeit. Wir konsumieren also jeden Tag Medien, die bürgerlicher Natur sind und das berichten, was dem kapitalistischen System zugutekommt. Das Ethos eines unabhängigen, objektiven Journalismus gibt es zwar in der Theorie, kann aber in der kapitalistischen Praxis nicht halten. Auch sogenannte Qualitätsmedien wie Standard oder Falter stützen letztlich die vorherrschende Meinung, statt auf Arbeits- oder Klassenkämpfe aufmerksam zu machen.

(Massen)Medien stellen ein Propagandainstrument der herrschenden Klasse dar. 2021 gab die türkis-grüne Regierung mehr als 28 Millionen für Inserate in österreichischen Zeitungen aus. Der Inseratenskandal um die ÖVP war nur die Spitze dieses Eisbergs. Fragen wir, wem die großen Medienhäuser gehören. Österreichs Boulevard-Zeitungen sind fast zur Gänze in privater Hand zweier Familien: Dichand und Fellner. Beim Rest spielen u.a. die ÖVP-Hausbank Raiffeisen sowie die katholische Kirche ganz vorne mit. Es führen hier also ganz wenige ganz viel Eigenregie über die Berichterstattung, wie es ihnen beliebt. "Werbetauglichkeit" ist hier nur ein anderer Begriff für "wer zahlt, schafft an" - entsprechend die Inhalte.

Wie soll qualitativer und emanzipatorischer Journalismus bestehen,

wenn einzelne Superreiche besitzen, was wir zu lesen und konsumieren kriegen? Im Gegensatz dazu erscheint Vorwärts seit 1983 als Zeitung von Arbeiter*innen für Arbeiter*innen. Vorwärts ist die inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung Österreichs. Sie ist ein Mittel zur Aufklärung über ungleiche gesellschaftliche Verhältnisse und liefert Fakten und Analysen, die in bürgerlichen Medien nicht vertreten sind. V.a. aber richten wir uns an jene, die politisch aktiv werden und bleiben wollen. Die Vorwärts ist nur durch Spenden und frei von Werbung finanziert. Im Gegensatz zu bürgerlichen Medien vertreten wir ein sozialistisches Programm. Wir stehen für den Aufbau einer sozialistischen Alternative, auch auf dem Papier.

40 Jahre Vorwärts – 40 Jahre marxistischer Aufbau

1983 erschien die Erste Ausgabe von „Vorwärts“. Untertitel: Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten – Gruppe „Rote Werkstatt“. Seither hat sich viel geändert. Wir waren bei allen großen (und vielen kleinen) Entwicklungen der letzten 40 Jahre dabei. Vorwärts kommentiert und analysiert aus marxistischer Sicht und macht Vorschläge für Aktivist*innen der Arbeiter*innenbewegung.

von Michael Gehmacher

Anfang der 80er hieß „Arbeit in der Arbeiter*innenbewegung“ vor allem Arbeit in der Sozialdemokratie. Die SPÖ hatte damals rund eine halbe Million Mitglieder, die aktivsten Schichten der Arbeiter*innenbewegung sahen sie als ihre Partei. Doch die schon lange bürgerliche Führung der SPÖ in Kombination mit der neoliberalen Offensive und dem Zusammenbruch des Stalinismus beschleunigten ab Ende der 80er Jahre den Verbürgerlichungsprozess der Sozialdemokratie. Für Sozialist*innen wurde es zentral, Ansätze für eine neue linke Arbeiter*innenpartei mit aufzubauen und zu unterstützen. So titelte Vorwärts z.B. im Sommer 2005: „Wir brauchen eine neue ArbeiterInnenpartei!“

Aber: „Arbeit in der SPÖ“, hieß nicht, wichtige Initiativen außerhalb der Sozialdemokratie zu ignorieren. Gleich in Nummer 2 wird auf der Titelseite vom Kampf von Teilen der General Motors (Heute OPEL)- Belegschaft in Wien Aspern (22. Bezirk), berichtet: „Kampf gegen Überwachungssysteme am Beispiel General Motors“. Die Blockaden und spontanen Streiks (!) gegen die Montage von neuen Überwachungssystemen werden solidarisch unterstützt.

Gelebte internationale Solidarität

„Vorwärts“ war Teil der internationalen Solidaritätskampagne mit dem britischen Bergarbeiterstreik 1984, und holte einen streikenden Bergarbeiter nach Österreich. Für 24. November 1984 wurde zur Großveranstaltung ins Haus der Begegnung in der Per Albin Hanson-Siedlung nach Wien Favoriten geladen. Ob Streiks in Osteuropa, Südafrika, heute Iran, uvm.: Gelebter Internationalismus ist

Teil unserer Tradition.

Anfang der 90er erlebte Vorwärts einen Aufschwung, neue Jugendliche machten mit, und die Zeitung verbreitete sich in die Bundesländer. Die FPÖ unter Jörg Haider feierte in den 90ern einen Wahlsieg nach dem anderen und, vor allem in Deutschland, kam es zu Attacken von Neonazis auf Asylwerber*innenheime. Die Aktivist*innen von Vorwärts und unsere Internationale reagierten mit der Gründung der europaweiten Initiative „Jugend gegen Rassismus in Europa“. Wir leisteten in vielen Ländern Europas wichtige anti-rassistische Basisarbeit und stellten uns rechten Mobilisierungen und Aktionen entgegen. Im Oktober 1992 mobilisierten wir über 40.000 Menschen zur ersten europaweiten Demonstration gegen rechts nach Brüssel. Auch später waren wir in vielen antirassistischen Bewegungen aktiv. Ein Höhepunkt war hier die Flüchtlingsbewegung 2013 und die Kandidatur eines Geflüchteten und Flüchtlingsaktivisten bei der Nationalratswahl für die SLP.

Schon Anfang der 90er zeigten wir, dass wir in der Lage sind, auch ohne große Geldgeber und gut bezahlte Werbeagenturen im Hintergrund, Menschen zu mobilisieren. „Vorwärts“ wuchs weiter. 1992 kam es zum Abschluss von 5 Vorwärts-Aktivist*innen aus der Sozialistischen Jugend Wien. Treibend war die damalige SJ-Wien Spitze rund um den heutigen SPÖ-Abgeordneten Kai-Jan Krainer und die heutige Siemens-Managerin Sonja Wehsely. Bekanntheit und Auflage des Vorwärts stiegen noch weiter. Tagelang berichteten die bürgerlichen Zeitungen, dass „Trotzkisten aus der SJ ausgeschlossen“ wurden, dies so oft, dass sich die liberale Tageszeitung „Standard“ bemüßigt sah, eine Wissensnotiz

über Leo Trotzki und seine historische Rolle zu bringen.

Entgegen der Vorwürfe der SJ-Bürokrat*innen zweigten wir kein Geld von der SJ ab, sondern waren schon damals in der Lage, unsere politische Arbeit durch Spenden und Beiträge von Aktivist*innen und Mitgliedern zu finanzieren – und sind so finanziell und politisch unabhängig. Vorwärts war und ist gut genug, um nicht gratis verteilt zu werden. Der Zeitungsverkauf ist ein wichtiger Gradmesser für die Verbreitung unserer Ideen. 1996 zogen wir die Konsequenz aus der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und gründeten uns als „Sozialistische Offensive Vorwärts – SOV“ eigenständig. 2000 folgte die Umbenennung in „Sozialistische LinksPartei – SLP“, 2021 in „Internationale Sozialistische Alternative – ISA“.

Aktiv in Bewegung und Betrieb

2000 war ein wichtiger Einschnitt in das österreichische politische System durch den Eintritt der Haider-FPÖ in die Regierung und die Massenbewegung gegen die neue blau-schwarze



Bundesregierung. Wir waren ein wichtiger Teil dieser Bewegung. Täglich, später wöchentlich, zogen große Demonstrationen durch Wien und es gab andere wichtige Aktionen. Während andere Gruppen stark auf „zivilen Ungehorsam“ oder Neuwahlen setzten, nutzten wir die Zeitung, um die Notwendigkeit von Streiks zu erklären. Allein im Februar 2000 erschienen dazu 5 Sondernummern. Jede Ausgabe wurde viele tausendmal verbreitet, nicht nur bei Demonstrationen, auch bei vielen betrieblichen Aktionen und Gewerkschaftsveranstaltungen. Wir setzten die Initiative für einen großen Schulstreik im Februar 2000, unterstützten viele betriebliche Ansätze und

Frauenrecht auf Abtreibung und unsere damalige Frauensprecherin wurde von radikalen Abtreibungsgegner*innen geklagt (wir haben gewonnen).

Auch heute ist „Rosa“ ein zentrales Standbein unserer Arbeit, das viele junge Frauen, Queere und auch Männer mobilisiert und organisiert. Zahlreiche Aktivitäten gegen Gewalt an Frauen, Sexismus und Homo/Transphobie, werden von Artikeln im Vorwärts begleitet. Seit Herbst 2022 ist Rosa ein führender Teil der Solidaritätsbewegung mit der revolutionären Bewegung im Iran.

Seit 1994 machen wir durchgängig Arbeit in Betrieben, manche von uns sind bereits über 10 Jahre Betriebsrä-

Die SLP, die Linkspartei, mischt sich unter die Groß-Betriebsversammlung und fordert zum Kampf auf.

Bildunterschrift im „Standard“ April 2003

kleinere Streiks. Über die Solidaritätsarbeit für die Streiks beim Postbus, der AUA, der ÖBB und die Streiks gegen die blau-schwarzen Pensionskürzungen waren wir Teil der Streikbewegung 2003.

Rassismus und Sexismus sind wesentliche Elemente des Kapitalismus. Seit über 20 Jahren finden sich in allen Ausgaben (und nicht nur zum 8. März) Artikel zum Thema. Dazu gehören Beispiele aus der tagtäglichen Frauenunterdrückung, Kämpfe und Organisierung aus Bereichen, wo viele Frauen arbeiten genauso wie die Auseinandersetzung mit Kämpferinnen wie Alexandra Kollontai und Clara Zetkin. Im Februar 1999 titelte Vorwärts: „Abtreibung ist Frauenrecht“, wir intensivierten den Kampf für das

tin oder Betriebsrat. Regelmäßig wird darüber im Vorwärts berichtet, so z.B. in Ausgabe 303 zu den KV-Runden „Mach's wie Thomas“ – über die Mobilisierungsarbeit eines Genossen und Betriebsrates in der Elektroindustrie. Im Sozialbereich greifen wir seit Jahren gemeinsam mit der kämpferischen Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“ aktiv in die Lohnkämpfe dieser Branche ein. Nicht zufällig gab es daher 2022 eine Serie mit Vorschlägen zu den Kämpfen im Sozialbereich. Und als unter Corona keine Aktionen auf der Straße möglich waren, produzierten wir eine Wandzeitung und diverse Artikel online mit unseren Forderungen u.a. für den Ausbau des Gesundheitswesens und die Vergesellschaftung der Pharmaindustrie. Immer wieder versuchen wir Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Verbesserungen gemeinsam erkämpft werden könnten. Aber wir zeigen auch, wo die Grenzen im Kapitalismus sind und verbinden die Kämpfe für Verbesserungen im Hier und Jetzt mit dem Einsatz für eine grundlegend andere Gesellschaft.

Im ersten Vorwärts im Februar 1983 hieß es: „unser Ausweg besteht in der Überwindung der heutigen Klassengesellschaft. Er führt zu einer neuen besseren Gesellschaft, einer sozialistischen Demokratie“. Der Kampf dafür geht weiter.



Marx Aktuell: Die Rolle der Zeitung

von Nico Rastelli

1901 formulierte Lenin in „Womit beginnen“ die Aufgabe einer sozialistischen Zeitung sowie ihre Verbindung zur revolutionären Partei. Er betonte die Notwendigkeit einer organisierten und prinzipienfesten Partei, damit es in Zeiten, in denen sich Bewegungen bilden, schon Strukturen gibt, die Programm und Vorschläge hineinbringen können. Sie kann auch verschiedene Bewegungen und Kämpfe miteinander verbinden und sie in der Arbeiter*innenbewegung verbreitern.

Damit dies geschehen kann und die nötige Theorie zur Verfügung gestellt wird, braucht es ein Organ zur Verständigung und Diskussion. Hier kommt die sozialistische Zeitung ins Spiel: Hier wird Aktivist*innen eine Stimme gegeben, die Hintergründe von Aktionen erklärt und ein Programm für nächste Schritte herausgegeben. Die Notwendigkeit der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft an sich wird erklärt („Propaganda“) wie auch einzelne Probleme des Systems aufgezeigt und mit anderen verbunden werden („Agitation“). Außerdem ist die Zeitung, wie Lenin auch sagte, „nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“: Das Sammeln von Material für die Zeitung, die Diskussion und Erstellung sowie ihre Verbreitung braucht Struktur und bildet den Kern der revolutionären Partei. Zusätzlich kann sie Interessierte zur Aktion motivieren und in Kämpfe einbinden.

Lenin setzte sich auch für eine gemeinsame revolutionäre Zeitung ein und so wurden die revolutionären Schriften der Bolschewiki in ganz Russland verbreitet. Die Zeitung bildete die Basis dafür, die Partei aus den entwickeltsten Schichten der Arbeiter*innenklasse aufzubauen, was schließlich 1917 zur erfolgreichen Arbeiter*innenrevolution führte.





Werde aktiv mit ISA und Vorwärts!

von Jan Millonig

Die Übernahme von Twitter durch Elon Musk und davor die Whistleblowerin bei Facebook haben uns allen wieder deutlich vor Augen geführt, wer, in dem Fall, die Sozialen Medien kontrolliert und wie bewusst sie die Aufgabe erfüllen, die (reaktionären) Ideen der Herrschenden zu verbreiten. Superreiche und Konzerne schaffen so die Basis für den Erfolg von Andrew Tate und Co. Auf der anderen Seite kommen soziale Bewegungen und Proteste in Zeitungen und Medien bestenfalls verzögert, oft nur als Randnotiz, meistens gar nicht und im schlimmsten Fall falsch dargestellt vor.

Proteste und Bewegungen brauchen eigene Medien

Dagegen anzukämpfen und für eine Erwähnung zu sorgen, entpuppte sich schon oft als vergebliche Bemühung. Deshalb haben viele Initiativen und Bewegungen sehr schnell damit begonnen, eigene Medien zu produzieren, von Flugblättern über kleine Zeitungen bis zu eigenen Websites, um ihre Sicht der Dinge unter die Leute zu bringen – ob Betriebsräte, die ihren Newsletter im Betrieb verteilen, Instagram-Seiten, die sich mit gesellschaftlichen Themen beschäftigten oder die Lobau-Besetzer*innen, die schließlich eine Zeitung produzierten und diese in Wien verteilten, um selbst die Bevölkerung über ihr Anliegen zu informieren. Aber auch politische Organisationen brachten und bringen Zeitungen heraus, um, neben einem Parteiprogramm oder Manifest, tagesaktuell ihre Positionen und

Analysen zu aufkommenden Fragen und Ereignissen zu kommunizieren, aber auch zur Mobilisierung für Aktionen und Kampagnen.

Denn die meisten Menschen lernen Organisationen in einem bestimmten Kampf oder bei einem Protest kennen, wo sie dann mit deren konkreten Forderungen in Berührung kommen. Aber auch politisch Interessierte wollen wissen, was eine Organisation zu diesem oder jenem aktuellen Thema zu sagen hat. Eine regelmäßig erscheinende Zeitung ist dafür das ideale Mittel, um einem sympathisierenden Umfeld aktuelle Antworten zu geben, um mit Menschen in Protestbewegungen in Diskussion zu kommen oder mit Slogans, die die aktuelle Stimmungslagen richtig aufgreifen, Interesse zu wecken. Oder auch um Forderungen auszutesen, um durch Rückmeldungen herauszufinden, wie die Stimmung zu einer bestimmten Frage ist.

Soziale Medien sind gut, aber kein Ersatz für Zeitungen

Das unterscheidet auch eine reine Publikation von einer sozialistischen Zeitung. Diese Zwei-Wege-Kommunikation ist unerlässlich, um eine handlungsfähige und schlagkräftige Organisation aufzubauen, Aktivist*innen zu organisieren und ein Programm zu entwickeln, das „auf der Straße geprüft“ wurde. Social Media bzw. Websites sind dazu eine gute Ergänzung, doch können diese Rolle nie ersetzen. Vor allem aber gehört Social Media nicht uns, unsere Zeitung schon. Linke und rebellische Kräfte werden dem Algorithmus letztlich immer unterlegen sein und nie die Ressourcen

aufbringen können, die Konzerne und Reiche haben, um ihre Propaganda dort zu verbreiten. Außerdem werden wir immer gewisse Schichten damit nicht erreichen. Ein Flugblatt oder eine Zeitung erreicht sowohl 14-jährige Schüler*innen auf einer Fridays for Future-Demo, Menschen in einer Einkaufsstraße, die noch nie mit Politik in Kontakt waren, wie auch Arbeiter*innen vorm Fabrikstor beim Schichtwechsel. Selbst beim Aufstand im Iran war Internetaktivismus immer nur eine Ergänzung zum Druck von der Straße bzw. Mittel zur Mobilisierung dafür.

Das Konzept einer Parteizeitung geht zurück auf Lenin und die Bolschewiki (führende Organisation der russischen Sowjetrevolution 1917). Er beschrieb den Zweck der Zeitung nicht nur in der Verbreitung von Ideen, sondern auch als „kollektiver Organisator“, also ein Mittel, um den Kampf zu organisieren. Dazu dient auch eine Infrastruktur von Redakteur*innen, Autor*innen, Diskussionen und Aktivist*innen, die die Zeitung verkaufen und in ihrem Umfeld verbreiten. Diese allein stellt schon ein ganz gutes Rückgrat für eine Organisation dar, die auch dadurch fähig ist, bei Bewegungen, Streiks und Protesten eine Rolle zu spielen und auf deren Entwicklung einen positiven Einfluss zu üben. Doch um diese Aufgabe zu erfüllen und wirklich unabhängig zu bleiben, brauchen wir auch eine eigenständige Finanzierung. Wir haben keine Sponsoren oder andere Geldgeber*innen. Der Verkauf unserer Zeitung finanziert auch unsere politische Arbeit. Das kannst du unterstützen! Schließe also jetzt ein **Abo** ab – und wenn du mehr willst, werde aktiv mit uns!

Rechtsextrem: Freund und Feind des Staates

von Anna Hiermann

Anfang Dezember gab es in Deutschland, Italien und Österreich Razzien in der „Reichsbürger“-Szene mit insgesamt 225 Festnahmen. Diese planten einen Umsturz, um das Deutsche Reich wieder zu beleben. Aufgrund ihrer staatsfeindlichen Ideologie werden sie vom Verfassungsschutz beobachtet. Andererseits ist die FPÖ gut im Staat verankert, hat Mandate, Geld, Einfluss und ist in Umfragen zweitstärkste, wenn nicht sogar stärkste Partei.

Gefährlichkeit für den Staat?

Während Aktivist*innen der „Letzten Generation“ als „Terroristen“ diffamiert werden, werden Rechtsextreme in Polizei bzw. Heer in den allerwenigsten Fällen vom Dienst suspendiert. So beispielsweise letztes Jahr bei einem Unteroffizier des Bundesheers: Er wurde wegen Wiederbetätigung zu 10 Monaten Haft und einer Geldstrafe von 5.000 Euro verurteilt. Für das Bundesheer ist das Strafmaß zu wenig, um ihn zu entlassen, er wurde lediglich versetzt.

Doch ist rechte Ideologie wirklich so gefährlich für die staatliche Ordnung? Schließlich bedienen sich bürgerliche Parteien rechter bis rechtsextremer Erklärungsmuster.

Ein Bestandteil rechter Ideologie ist Rassismus. Menschen aus anderen Ländern wird vorgeworfen, sie würden „den Österreichern“ die Arbeitsplätze wegnehmen. Bei Arbeitslosigkeit sind die Probleme jedoch hausgemacht: Durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn/Gehalt könnten genügend Jobs für alle geschaffen werden. Das würde jedoch den Unternehmen mehr kosten. Profitmaximierung ist aber das A und O des kapitalistischen Systems. Parteien wie die FPÖ stehen im Dienste genau dieser Unternehmen. 2018 hat die blau-schwarze Koalition

die Möglichkeit des 12-Stunden-Tages eingeführt. Diese Maßnahme ist gegen „den kleinen Mann“, den die Rechten zu schützen vorgeben. Somit wird lieber gegen Migrant*innen gehetzt, um von den wahren Problemen und Lösungen abzulenken. FPÖ-Funktionäre sind nicht nur Mitglieder schlagender Burschenschaften, sondern erhielten zum Dank auch Posten in Aufsichtsräten und Vorständen.

Weiters zeigt sich die widersprüchliche Haltung beim Thema Frauen und LGBTQI+ Personen. Einerseits werden diese in Zeiten relativ guter wirtschaftlicher Verhältnisse für die Arbeit benötigt. Auf der anderen Seite werden Frauen in Zeiten wirtschaftlichen Abschwunges verstärkt in die häusliche Sphäre zurückgedrängt. Zur Rechtfertigung bedient sich die etablierte Politik rechten Gedankengutes.

Was schützt der Verfassungsschutz?

Von Seiten des „Verfassungsschutzes“ werden rechtsextreme Aktivitäten beobachtet und auf ein „steigendes rechtsextremes Risiko“ hingewiesen. Gleichzeitig gibt es immer wieder rechtsextreme „Einzelfälle“ in Politik, Justiz, Polizei und Militär. Ein Verbot der faschistischen NPD scheiterte in Deutschland gerade, weil so viele V-Männer (= Polizeispitzel) in ihr aktiv waren. Eine Hauptaufgabe des „Verfassungsschutzes“ ist die Beobachtung linker Gruppierungen. Eine der Hauptaufgaben linker Parteien und Gruppen ist der Kampf gegen Rechtsextremismus bzw. für ein System, das die Entstehung rechter Ideologien verhindert. Das zeigt, dass es dem Verfassungsschutz in erster Linie um den Erhalt der (kapitalistischen) Ordnung geht.

Rechte Akteur*innen werden nur bekämpft, wenn sie die Stabilität des herrschenden Systems mehr gefährden als sie diesem nützen. Das ist bei den Staatsverweiger*innen der Fall, die für Chaos sorgen würden – was die notwendige Stabilität für die Großkonzerne gefährdet. Neonazis werden nur dann bekämpft, wenn sie nicht vor physischer Gewalt gegen Vertreter*innen des Establishments zurückschrecken, solange sie „nur“ Migrant*innen und Linke angreifen, bleiben sie ungeschoren. Das heißt: Beim Kampf gegen Rechts kann kein Verlass sein auf den Staat und seine Institutionen!

Info:

Eine Entnazifizierung fand in Österreich nie wirklich statt. So sind Bundesheer und Polizeiapparat traditionell von Rechtsextremen durchsetzt. Die FPÖ-nahe AUF konnte 2019 bei den Personalvertretungswahlen 22,2 % erzielen. In der Spezialeinheit WEGA waren es 36 % – und das zu einer Zeit, in der die FPÖ bei den Parlamentswahlen „nur“ auf 16,2 kam. In regelmäßigen Abständen zeugen Fälle wie z.B. Marcus Omofuma, der bei einer Abschiebung getötet wird, von den rassistischen bis hin zu rechtsextremen Elementen im Polizeikorps. Als die FPÖ Teil der Regierung war, hat sie gezielt ihre Mitglieder auch im Polizeiapparat positioniert. Außerdem wurden in ihrer Amtszeit Erhebungen bezüglich rechtsextremer Aktivitäten (Rechtsextremismus-Bericht) abgeschafft. Wann immer Fälle bekannt werden, heißt es „nur ein Einzelfall“ ...



Engels und die Welt der Amazonen

von Albert Kropf **Forschung passend machen**

1884 veröffentlichte Friedrich Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. Auch wenn manche wissenschaftlichen Erkenntnisse im Buch überholt sind, besticht die Aktualität des Textes.

„Moderne“ Wissenschaft mit alten Rollenbildern

Bis heute werden trotz aller Fortschritte auch mit Hilfe von Wissenschaft traditionelle Rollenbilder als naturgegeben präsentiert. Sei es in Kleidung, Verhalten, Berufswahl oder Lebensentwürfen. Auch der heutige Mann ist angeblich „Jäger“ mit anderer Muskelstruktur, die Frau „Sammlerin“, die sich besser um Kinder kümmern könne. Wie falsch das ist, hat Engels schon 1884 gezeigt. Heute liefert die Wissenschaft Beweise für die Richtigkeit seiner Analysen. Bei der Untersuchung eines schon länger entdeckten Grabes eines Wikinger-Kämpfers mit neuen Methoden wurde deutlich, dass es sich um eine Frau handelte – und sie war nicht die einzige Kämpferin.

Ähnlich bei „National Geographic“: Ein 9.000 Jahre altes Grab eines Großwildjägers wurde aufgrund der auch von Wissenschaftler*innen zugedachten Rollenverteilung für ein männliches gehalten. Neue Untersuchungen zeigen: Es war eine Frau – wie 30–50 % der amerikanischen, urzeitlichen Großwildjäger-Funde Jägerinnen waren.

Hatte die Forschung früher direkt das herrschende Rollenbild transportiert, in dem Jägerinnen einfach nicht vorkamen, werden nun Ergebnisse passend gemacht. Es wird nicht anerkannt, dass „damals“ die Geschlechterrollen anders als heute, weniger starr waren. Diese Rollen waren nicht notwendig, da diese Gesellschaften (noch) keine Frauenunterdrückung brauchten. Stattdessen wird heute argumentiert, es handle sich um biologische Geschlechter, die nichts über die Geschlechtsidentitäten aussagen. Also Kriegerinnen, die gesellschaftlich als Krieger aufgetreten seien. Klingt fortschrittlich, ist es aber nicht. So kann mit einer für heute geschlechtstypischen Interpretation weitergemacht werden: Krieger/Jäger sind männlich und weisen Funde auf weibliche Genetik hin, waren es eben biologische Frauen mit männlichen Geschlechtsidentitäten.

Das Übertragen eigener kultureller Prägungen wird als „Selbstbespiegelung“ bezeichnet und gibt es seit der antiken Geschichtsschreibung von Homer bis Tacitus. Die Reitervölker der Skythen zogen vom Schwarzen Meer bis zum heutigen China. Im Gegensatz zu den

starrten Rollenbildern der griechischen Klassengesellschaft wurden Jungen und Mädchen gemeinsam erzogen, lernten reiten und jagen. Sowohl Kleidung als auch Rüstungen waren „unisex“ und auch hier mindestens 25% Kriegerinnen. So entwickelten die griechischen Autoren aus der Abgrenzung die Amazonen-Legende. Die Darstellung einer Männer ablehnenden rein weiblichen Amazonen-Gesellschaft finden sich in antiken Quellen nicht. Sie sind neuer und sagen viel über unsere heutige Gesellschaft, die Ängste und Wünsche von Freiheit und Gleichheit, aus.

Friedrich Engels hat vor über 100 Jahren die theoretische Grundlage für diese neuen Erkenntnisse vorweggenommen: Erst die Entwicklung der Klassengesellschaften hat die Grundlage für umfassende Geschlechterunterdrückung geschaffen, wie wir sie heute noch kennen. Engels und Marx haben zur Analyse auch den Schlüssel zur Lösung geliefert: Ist Geschlechterunterdrückung ein Produkt der Klassengesellschaft, muss die Klassengesellschaft und somit heute der Kapitalismus überwunden werden, um die Überwindung von Geschlechterrollen auf allen Ebenen zu erreichen!

Info

„Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ ist die Anwendung der materialistisch-dialektischen Methode auf die Gesellschaft, deren Entwicklung und den Staat als Unterdrückungsform.

Mit einem „gesellschaftlichen Mehrprodukt“ entstanden Klassengesellschaften und Eliten. Für deren Privilegien sind Vererbung und (unbezahlte) Hausarbeit – und damit Frauenunterdrückung – von zentraler Bedeutung.

USA: Linke Demokrat*innen versagen

beide Artikel von Brettros

Als Reaktion auf die Wahl des rassistischen und sexistischen Trumpf 2016 gab es eine Welle der Opposition. Dies führte zum Wachsen der "Democratic Socialists of America (DSA)", der derzeit größten sozialistischen Organisation in den USA, und 2018 zur Wahl von fünf linken Demokrat*innen, die als „the Squad“ bekannt sind, in den Kongress. Was ist seither passiert?

„The Squad“ und andere von der DSA unterstützte Kandidat*innen konnten 2018–20 breite Unterstützung für die Forderungen nach Anhebung des Mindestlohns, Medicare for All, etc. aufbauen. Allerdings argumentierten sie, dass sie für die Demokratische Partei kandidieren mussten, weil das Wahlsystem stark auf die beiden großen Parteien ausgerichtet ist. Die Sozialistische Alternative (ISA in den USA) warnte sie, dass sie dadurch von der pro-kapitalistischen Parteistruktur abhängig sind und ihre Anhänger*innen verraten würden.



Anstatt die Demokratische Partei von innen heraus nach links zu drängen (das erklärte Ziel), wurden sie selbst nach rechts gedrückt. 2 Jahre lang, als die Demokraten beide Kammern und den Vorsitz innehatten, weigerte sich die Gruppe, eine Abstimmung über „Medicare for All“ oder einen Mindestlohn von 15 US-Dollar zu erzwingen. Kürzlich stimmten vier von ihnen mit dem Parteiestablishment, um einen Streik der Eisenbahner*innen zu verhindern!

Dies ist die unvermeidliche Schlussfolgerung der Logik des „kleineren Übels“: Sie wollten ihre „Freunde“ in der Demokratischen Partei nicht in Verlegenheit bringen und argumentierten (fälschlicherweise),

dass sie nur dann große Reformen gewinnen könnten, wenn sie der Partei treu blieben. In der Praxis hat ihre linke Rhetorik zwar dem demokratischen Establishment geholfen, ohne dass sie selbst eines ihrer Ziele erreicht hätten.

Dies hat die vielen Millionen Menschen, die durch ihre Wahlen und die Kampagnen von Bernie Sanders inspiriert wurden, enttäuscht. Diese Taktik lenkt Sozialist*innen und Arbeiter*innen vom Kampf für Veränderung ab. Sie treibt Aktivist*innen in die Sackgasse der Demokratischen Partei, anstatt eine neue politische Kraft aufzubauen, die das Zweiparteiensystem und den Kapitalismus herausfordern kann.

Woher kann eine Arbeiter*innenpartei kommen?

Keine der beiden großen Parteien in den USA vertritt die Interessen der Arbeiter*innenklasse. Es wäre zwar schön, die Demokraten einfach in eine linke Partei zu verwandeln (das Ziel von „The Squad“ und DSA), aber Konzerninteressen und kapitalistische Ideologie verhindern das.

Der Weg zum Aufbau einer Arbeiter*innen-Partei führt über Massenbewegungen und v.a. wirtschaftliche Kämpfe (d.h. Klassenkampf). 2018/19 brach in den USA eine Welle von Streiks und Kämpfen aus, u.a. von Lehrer*innen und

Telekommunikationsarbeiter*innen, die jedoch durch Corona kurz unterbrochen wurde – gefolgt vom „Streiktober“ 2020. Wir erleben eine neue kämpferische Welle und die Streiks 2021 mündeten in massive Organisierungskampagnen bei u.a. Amazon und Starbuck's.

Die Arbeiter*innen (v.a. die jungen) sind bereit zu kämpfen und sehen Kapitalismus und die Demokratische Partei zunehmend als Hindernisse für eine gute Zukunft. Die ISA in den USA ruft die verschiedenen Gewerkschaften und Beschäftigten, die bewiesen haben, dass sie bereit sind zu kämpfen, dazu auf,

sich in einer politischen Organisation zusammenzuschließen. Sie könnten unabhängige Kandidat*innen aufstellen, v.a. bei Kommunalwahlen, und zwar auf der Grundlage eines klaren Programms der Arbeiter*innenklasse, das mit anderen Kämpfen gegen Sexismus, Rassismus und für die Umwelt verknüpft ist. Das würde bedeuten, dass sie sich den Demokraten und der Gewerkschaftsbürokratie entgegenstellen, die Hinterzimmerverhandlungen dem Klassenkampf vorziehen. Das wäre nicht einfach, aber das Leben im Kapitalismus ist schwieriger.

1917 in Russland und die Lehren für Iran heute

von Christoph Glaninger

1 1905, Februar 1917 und Oktober 1917:

Revolutionäre Prozesse haben Höhen und Tiefen und jede Niederlage bringt Erfahrungen für kommende Bewegungen. Schon 1905 gab es in Russland eine Revolution, die den Zarismus in Bedrängnis brachte, aber schließlich brutal niedergeschlagen wurde. Schon 1912–14 gab es wieder Massenstreiks, die nur durch den 1. Weltkrieg unterbrochen wurden – bevor 1917 der Zarismus endgültig gestürzt wurde. Lenin beschrieb 1905 rückblickend als Generalprobe. Tatsächlich wussten viele Arbeiter*innen am Beginn der Bewegung 1917 aufgrund ihrer Erfahrung, was zu tun war, wie man sich organisiert bzw. Polizei und Militär bekämpft. Jene, die in der Periode von 1905–17 aktiv waren und sich organisiert hatten, waren eine “natürliche” Führung der Revolution. Auch die aktuelle Bewegung im Iran baut auf den Erfahrungen der “grünen Revolution” von 2009 und den Protesten und Streiks der letzten Jahre auf. Selbst wenn es dem Regime noch einmal gelingen sollte, die Kontrolle zu erlangen, werden diese Erfahrungen nicht umsonst sein. Aber umso wichtiger ist es, dass wir versuchen, die richtigen Lehren herauszuarbeiten – dafür braucht es vor allem auch Organisierung.

2 Wie erkämpfen wir demokratische Freiheiten?

Der Kampf um demokratische Freiheiten steht im Zentrum der Bewegung, viele hoffen auf ein demokratisches System “wie im Westen” (auch wenn dieses beschränkt ist und mit Diktaturen packelt). Aber die Erfahrungen der Russischen Revolutionen, jene des arabischen Frühlings, auch jener der iranischen Revolution 1979, zeigen, dass Demokratie in einer Welt, die vollständig kapitalistischen Mechanismen

Trotz brutaler Repression dauert die Bewegung im Iran seit September an, es steht ein langer Kampf bevor. Umso wichtiger sind Lehren aus früheren Revolutionen, z.B. dem revolutionären Prozess in Russland 1905–17. Demokratische, genauso wie soziale Ziele und Frauen spielten eine zentrale Rolle.

unterworfen ist, nur erkämpft werden kann, wenn sie auch die Ressourcen und die Wirtschaft unter die demokratische Kontrolle der Bevölkerung stellt. Gelingt das nicht, können weder die demokratischen, noch die sozialen Ziele der Revolution erfüllt werden und es bleibt die Grundlage für neue Oligarchien und ein neues autoritäres System. Das zeigte sich 1917 in Russland: Nachdem die Februarrevolution zwar den Zar zu Fall und das liberale Bürgertum an die Macht brachte, aber weder Krieg noch Hunger beendete, brauchte es eine 2. Revolution im Oktober, die auch die Kontrolle über die Wirtschaft in die Hände von Arbeiter*innen und armen Bäuer*innen legte.

3 Organisierung, Räte und Arbeiter*innenklasse:

Eine der zentralen Fragen, die sich im Iran aktuell stellen, ist, wie die Revolution organisiert werden kann. In Russland organisierten sich Arbeiter*innen und einfache Soldaten in “Sowjets” (Räten) – auf Basis von Arbeitsplätzen und Einheiten wurden Vertreter*innen gewählt, die sich überregional vernetzten, um die Revolution zu organisieren. Genau diese demokratische Organisierung in Betrieben, Unis, Nachbarschaften und die weitergehende Vernetzung, aber auch die aktive Rolle der Arbeiter*innenklasse fehlt im Iran leider noch großteils und ist eine der brennendsten Aufgaben (obwohl es Ansätze dafür gibt – Arbeiter*innenorganisationen

in Haft Tappah, feministische und Jugendgruppen). Einen Straßenprotest kann man leicht zerschlagen – bei einem Streik und der Besetzung einer Fabrik ist das schwieriger.

4 Führung, Partei und Exil:

Aktuell versuchen sich liberale bis nationalistische Promis (u.a. der Sohn des Schah) im Ausland in eine Führungsrolle zu bringen. Sie haben offensichtlich ganz andere Interessen als die Frauen, Arbeiter*innen und Jugendlichen, die gerade im Iran ihr Leben riskieren. Stattdessen braucht es eine tatsächlich revolutionäre Führung rund um ein Programm, das echte Freiheit und Gerechtigkeit für Frauen, Arbeiter*innen und Jugendliche im Iran liefert: Ein sozialistisches Programm. Natürlich ist es enorm schwer, so eine Organisation im Iran aufzubauen. Eine ähnliche Ausgangslage hatte auch die russische Arbeiter*innenbewegung, deren organisatorisches Zentrum aufgrund der Repression fast immer im Ausland lag. Dort konnte man die vorhandenen Freiheiten zur Organisierung der Arbeit (auch der Untergrundarbeit fürs Heimatland) nutzen. Die ursprüngliche Exilgruppe bestand bei ihrer Gründung 1883 aus nur 5 Personen und wurde in wenigen Jahrzehnten zur Kraft, die die Revolution zum Sieg führen konnte. Als ISA und ROSA versuchen wir, die Grundlagen für den Aufbau genau so einer Organisation im Iran voranzutreiben.

Info

Irland: Kampf um Visa im Fischfang

beide Artikel von Stefan Brandl

Das Justizministerium in Irland hat zu Jahresanfang allen außereuropäischen Fischer*innen ("Wanderfischer*innen") vollen Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt: Das Ergebnis eines langen Kampfes gegen strukturelle und rassistische Benachteiligung.

Über Jahre hinweg haben Firmen Nichteuropäer*innen mit Transitvisa und mieser Bezahlung angestellt. Das Visum musste jährlich erneuert werden, wobei die Fischer*innen vollständig auf die Schiffsbesitzer*innen angewiesen waren; in erpresserischen Verhältnissen konnten die Unternehmen die Fischer*innen 20-Stunden Wochen am Papier beschäftigen, bis zu 40h zum Arbeiten zwingen, davon 20h bezahlen oder die Arbeitsverträge nicht verlängern.

Vor kurzem wurde Michael O'Brien, langjähriges Mitglied der Socialist Party (ISA in Irland), die zentrale Ansprechperson für die Fischerei Kampagne der ITF (Internationale Transportarbeiter*innen Föderation) in Irland. O'Brien hat als ersten Schritt



eine Studie über die Arbeitsbedingungen von nicht-EWR-Arbeiter*innen in Auftrag gegeben, um Öffentlichkeit zu schaffen. Einige Wanderfischer*innen haben sich selbst individuell und kollektiv für Verbesserungen eingesetzt, z.B. bei einer gemeinsamen Protestaktion mit O'Brien und dem ITF vor dem irischen Parlament im Mai. Die wichtigsten Forderungen waren: Abschaffung der atypischen Arbeitsverhältnisse, Visa für alle Fischer*innen und ein Ende der Ausbeutung von migrantischen Fischer*innen, insbesondere, um jede Form der Spaltung oder Lohndrücken zwischen irischen und ausländischen Beschäftigten zu verhindern.

Bereits 2005 griff Joe Higgins, ebenfalls Socialist Party Mitglied und damals im Parlament, die

ausbeuterische Situation von türkischen Beschäftigten in der Baufirma GAMA auf. Auch damals wurde den Arbeiter*innen nur ein Bruchteil des Lohnes bezahlt, illegale Überstunden waren weit verbreitet. Erst nach Kampagne und Streik wurden alle ausstehenden Gehälter bezahlt.

Das zeigt, dass eine Kombination aus kämpferischer Kampagne, selbst von den am meisten ausgebeuteten Arbeiter*innen, einer hartnäckigen Gewerkschaft plus einer Solidaritätskampagne erfolgreich sein werden. Ihr Sieg hat eine Leuchtturmfunktion für zehntausende Arbeiter*innen in anderen Sektoren wie der Fleischverarbeitung, der Landwirtschaft und der Altenpflege.

socialistparty.ie

Winterschulung in Mexiko

Vom 15. bis zum 19. Dezember fand das Winter-Schulungstreffen der Alternative Socialista Internacional (ISA in Mexiko) in Cuernavaca statt. Aktivist*innen aus Mexiko, aber auch Irland, Chile, den Vereinigten Staaten und Kanada haben über marxistische Theorie, Wirtschaft, die Geschichte des Klassenkampfes in Mexiko und sozialistischen Feminismus diskutiert.

Die Bedeutung des Aufbaus und einer revolutionären Organisation durch ein Programm, das die unmittelbaren Forderungen der Kämpfe und

Bewegungen von Arbeiter*innen, Jugendlichen, Frauen und Indigenas mit dem Kampf für Sozialismus verbindet, hat sich durch alle Diskussionen durchgezogen.

Ein besonderer Fokus der Schulung lag auf der Jugendarbeit und auf sozialistischem Feminismus: Frauen und Jugendliche haben besonders unter der Pandemie gelitten; im Zuge der Wirtschaftskrise hat der Staat bei ohnehin mageren Sozialleistungen besonders stark gespart. Auch weil es keine politische Alternative für Jugendliche,

Frauen oder LGBTQIA+ Personen gibt, ist die Rolle einer unabhängigen und politisch klaren sozialistischen Alternative umso größer. Gerade deswegen ist es erfreulich, dass viele neue Mitglieder - vor allem Jugendliche und Frauen - der ISA in Mexiko zum ersten Mal an einer großartigen politischen Schulung teilnehmen konnten.

alternativasocialista.org



Von Paris bis Port-au-Prince: Die bürgerliche Revolution & ihre Widersprüche

von Sebastian Kugler und Peter Hauer

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ – Die Parole der Französischen Revolution, die 1789 begann, ist heute noch präsent. Einen „herrlichen Sonnenaufgang“ nannte der Philosoph Hegel den Sturz der absoluten Monarchie, der den Weg zu einer Gesellschaft ebnet sollte, die nicht von Tradition oder Autorität geleitet würde, sondern von Vernunft. Gegen die Macht von Adel und Kirche rebellierte der „Dritte Stand“, also jene 99%, die Bäuer*innen, Handwerker*innen, Leibeigene, aber auch Bürgerliche, also Anwälte, Ärzte, Kaufleute etc. waren. Auf sie hatte der Staat die enormen Schulden abgewälzt, die aus der Niederlage im Kampf um die weltweite Kolonialvorherrschaft entstanden – und aus dem Vermögen, das der Absolutismus aufwandte, um den teils entmachteten Adel bei Laune zu halten. Und sie alle einte der Hass auf das absolutistische „Ancien Régime“, das politische Freiheit und wirtschaftlichen Fortschritt zurückhielt. Doch im Laufe der Revolution wurde immer klarer: Während die unteren Klassen – die Arbeiter*innen, Handwerker*innen, Bäuer*innen – auf den Straßen die Revolution erkämpften, richteten die Bürgerlichen die neue Gesellschaft nach ihren eigenen Klasseninteressen ein.

Bürgerliche (Konter)Revolution

Die großbürgerlichen Girondist*innen, unter ihnen viele Sklavenhändler*innen, wollten eine konstitutionelle Monarchie unter Kontrolle des

Großkapitals. Gegen sie revoltierten die kleinbürgerlichen Jakobiner*innen und die proletarischen Sansculotts. An der Macht verteidigten die Jakobiner*innen, mit Robespierre an der Spitze, die Revolution gegen Rechts – Girondist*innen und Royalist*innen – aber auch die Interessen des Bürgertums gegen die proletarischen „Enragés“, die echte soziale Gleichheit forderten. Der jakobinische Terror war Ausdruck dieses Spagats, der letztlich scheitern musste.

Unter Napoleon wurden die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Revolution auf ihre fürs Kapital wesentlichen Eigenschaften zurückgerollt: Freiheit – des Eigentums an Kapital; und Gleichheit – vor der Staatsmacht. Die juristische Gleichheit verfestigt in allen modernen kapitalistischen Gesellschaften die soziale Ungleichheit: Jede*r darf einen Konzern besitzen und andere ausbeuten – und jede*r darf sich ausbeuten lassen. Wo allerdings gleiche Rechte Kapitalinteressen zuwiderlaufen, nimmt man es damit nicht so ernst: So behielt man nicht nur die Entrechtung der Frauen bei, sondern führte 1802 auch die Sklaverei wieder ein. Damit reagierte Napoleon vor allem auf die Entwicklungen in der wichtigsten französischen Kolonie: Saint Domingue (heute: Haiti).

Haiti: Spiegel der Revolution

Die Nachricht von der Französischen Revolution hatte die Kolonien in Windeseile erreicht. Saint Domingue war die lukrativste; mit unzähligen

Plantagen und durch grausamen Umgang mit 450.000 Sklav*innen kam fast die Hälfte der weltweiten Baumwoll-, Kaffee- und Zuckerproduktion von dort. Die Revolution weckte Hoffnung unter den Sklav*innen. Sie begannen ab 1791, sich zu organisieren und militärischen Widerstand zu leisten. Ziel des Anführers der Rebellion Toussaint Louverture war die Abschaffung der Sklaverei und freier Zugang zu Eigentum für alle, aber nicht die Unabhängigkeit von Frankreich, da zu dieser Zeit die Jakobiner*innen die gleichen Ziele verfolgten. Wie sie scheiterte er daran, die Ideale der Revolution auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise zu verwirklichen. Napoleons Invasionsheer tötete ihn.

Die Sklav*innenbefreiung konnte das nicht stoppen: Mit dem ehemaligen Sklaven Dessalines an der Spitze vertrieb die schwarze Bevölkerung alle Kolonialist*innen und gründete 1804 den Staat Haiti. Die haitianische Revolution hielt der französischen den Spiegel vor: Sie zeigte, dass echte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich sind. Das erfuhren leider auch die haitianischen Massen nach der Revolution: Sie fielen schnell unter das Joch eigener und neokolonialer Kapitalist*innen und Tyrannen. Die Lehre der französischen und haitianischen Revolutionen könnte aktueller nicht sein: „Bürgerliche Freiheiten“ können nur gegen die Kapitalist*innen und durch Abschaffung ihres Systems erkämpft werden – vom neuen „Dritten Stand“, der globalen Arbeiter*innenklasse.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 309 | 02/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

8. MÄRZ: STREIKEN

FÜR FRAUENRECHTE!



AUS DEM INHALT

» Die Herrschenden nutzen den **Ukraine-Krieg** zur Aufrüstung – es geht um die „Sicherheit“ der Reichen und Mächtigen. **Seite 4**

» Was die **Bewegung im Iran** aus der Periode 1905–17 in Russland und der erfolgreichen Revolution lernen kann. **Seite 16**

» Der **8. März** muss endlich wieder ein Frauenkampftag mit Streiks an Schulen und Unis und v.a. in Betrieben werden. **Seite 7**